

Kapitalmärkte 2017: Kurvenreiche Strecke voraus

Trump, Brexit, Wahlen in wichtigen europäischen Ländern. Zahlreiche Ereignisse können dieses Jahr die Weltwirtschaft beeinflussen und direkt Aktien-, Zins- und Rohstoffmärkte bewegen. Für Anleger stellen sich damit eine Reihe von Fragen.

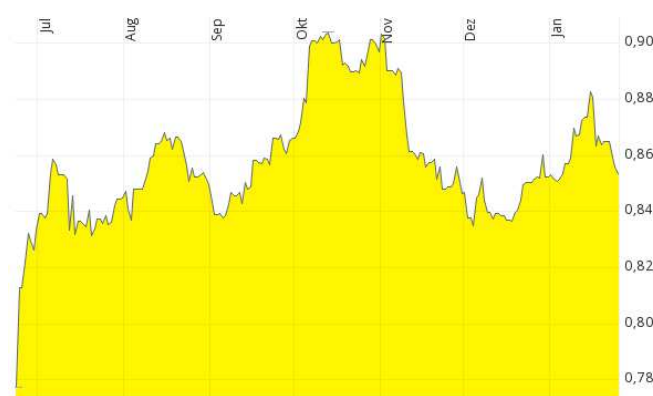
Was bedeutet der harte Brexit?

Die britische Premierministerin Theresa May will ihr Land mit klaren Schnitten aus der EU herauslösen. „Europa ja – EU-Binnenmarkt nein“ heißt die Devise. Bis Ende März soll das offizielle Austrittsgesuch bei der EU gestellt werden. Vorher hat allerdings das Parlament noch ein Wörtchen mitzureden.

Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, hält es nicht für unwahrscheinlich, dass die Angeordneten den Brexit noch aufhalten werden. Sollte das Parlament dem Ausstieg zustimmen, wird wahrscheinlich bis zu zwei Jahre lang verhandelt.

Auf dem Währungsmarkt verlor das britische Pfund seit dem Referendum Ende Juni 2016 zeitweise um bis zu 16 % gegenüber dem Euro und 20 % gegenüber dem US-Dollar.

EUR/GBP seit Brexit



Quelle: Comdirect

Stand: 25.01.2017

Dies erfreut die britischen Exporteure und sorgte dafür, dass dort die ursprünglich befürchtete Rezession noch nicht eingetreten ist.

Experten erwarten aber, dass die Wirtschaft sich nicht auf Dauer so widerstandsfähig zeigen wird. Hüther rechnet für die Briten mit einem Wohlstandsverlust von mindestens zehn Prozent.

Einzelne Großunternehmen, vor allem aus der Finanzbranche, beobachten ganz genau die demnächst beginnenden politischen Verhandlungen. Sollte Großbritannien keinen direkten Zugang mehr zum Binnenmarkt haben, droht ein massiver Stellenabbau – vor allem in der Londoner Finanzszene.

Mays Plan sieht vor, aus Großbritannien eine große, globale Handelsunion zu machen. Mit der EU sollen im großen Stil Handelsvereinbarungen getroffen werden. Internationale Unternehmen will man mit Steuerdumping anlocken. Eine Strategie mit Sprengstoff.

Die EU muss hart verhandeln und wenig Zugeständnisse machen, damit der Brexit keine Blaupause eines eleganten Austritts für andere EU-Staaten wird. Das wäre früher oder später das Ende des Euro. Auch ein Steuerwettlauf wäre nicht im Sinne der EU.

Weder die EU noch Großbritannien sollten Interesse daran haben, den Austritt zum Rosenkrieg eskalieren zu lassen. Für Deutschlands Unternehmen wird es brisant, immerhin ist Großbritannien der dritt-wichtigste Handelspartner.

Die Aktienmärkte und deutsche Firmenlenker sehen derzeit im drohenden Brexit keinen Zusammenbruch der sehr guten Geschäftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Briten. Dies sollte u. E. auch so bleiben.

Es besteht ein ausgesprochenes Interesse an einer zukünftig für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit. Es lassen sich zwar die durch politisches Säbelrasseln zu erwartenden Marktschwankungen nicht vermeiden, jedoch wird Europa eine positive politische Lösung finden. Die neue EU als Verbund kann und wird sich hier profilieren.

Zeichnet sich durch eine anziehende Inflation in den kommenden Monaten eine Verbesserung bei den Zinsen ab?

Deutsche Festgeld-Anleger haben seit einiger Zeit nichts zu lachen. Die Zinssätze liegen bei 0 Prozent, vereinzelt verlangen Banken Aufbewahrungsgebühren für hohe Cash-Positionen. Und nun die Nachricht, dass im Dezember die Inflationsrate in Deutschland auf 1,7 % gestiegen ist. Daraus auf eine Zinswende zu schließen, wäre falsch. Der Anstieg kam vor allem durch anziehende Energiepreise und adventsbedingt steigende Nahrungsmittelpreise zustande.

EZB-Chef Mario Draghi hat klar zum Ausdruck gebracht, dass er in Europa weiterhin nur einen gedämpften Inflationsdruck sieht. Für einen Ausstieg aus dem Anleihekaufprogramm mit über 80 Milliarden Euro pro Monat sei es zu früh. Allerdings wird das Volumen ab April 2017 auf 60 Milliarden Euro/Monat zurückgenommen.

Sollte die Inflation aber sinken, werde das Kaufprogramm wieder ausgeweitet, so der EZB-Chef zuletzt in einer Pressekonferenz. Steigende Zinsen auf Sparkonten und Festgeldern wird es also so schnell nicht geben. Dennoch müssen Anleger wachsam bleiben und die Inflation im Auge behalten.

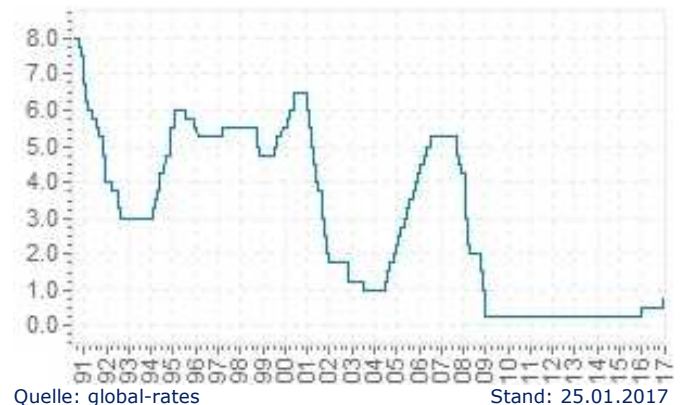
Vorerst keine Entwarnung für Sparer und Festgeldanleger. Die EZB schwemmt auch weiterhin den Markt mit Liquidität. Mit einem Einstieg in den Ausstieg der EZB-Anleihenkäufe rechnen wir erst in 2018.

Allerdings gehen wir davon aus, dass die Zinssätze langlaufender Euro-Staats- und Unternehmensanleihen im Zuge steigender US-Renditen etwas anziehen.

Durch eine anziehende Inflation bei gleichbleibendem Nullzins entsteht für Festgeld-Fans eine negative Realverzinsung; also realer Verlust an Kaufkraft. Hier sollten Anleger über Alternativen nachdenken.

Im Gegensatz zur EZB warnte FED-Chefin Janet Yellen in den USA zuletzt davor, fällige Zinserhöhungen zu lange aufzuschieben. Nach behutsamen Leitzinserhöhungen in den vergangenen Jahren will die US-Notenbankchefin das Tempo verschärfen. Es sei sinnvoll, die Zinsen schrittweise anzuheben, sagte die Währungshüterin. Die Notenbank Fed sei ihren Zielen – Vollbeschäftigung und stabile Preise – nahe.

FED-Zinssatz seit 1991



Somit muss man damit rechnen, dass die FED 2017 das Zinsniveau in mehreren Schritten erhöht. Bis 2020 sehen Experten den FED-Zinssatz auf 3 % ansteigen. Im Zuge dessen erscheint der US-Dollar weiter aufwertungsverdächtig, wenn Präsident Trump sich im Griff hat.

Führt Trump mit seinem Protektionismus die Weltwirtschaft in die Sackgasse und die deutsche Exportwirtschaft in die Krise?

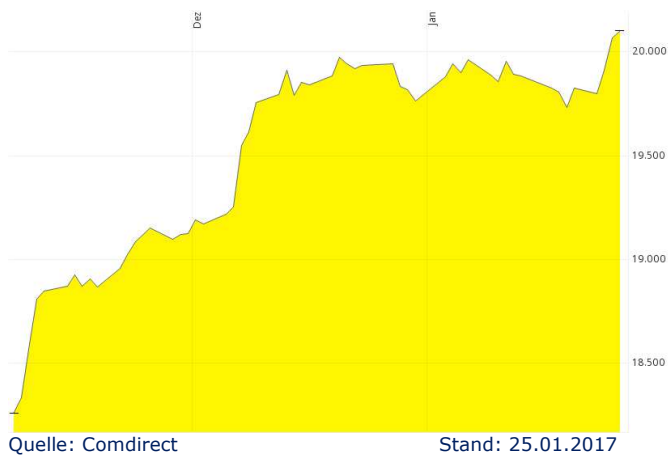
Viele Marktteilnehmer verstehen die Welt nicht mehr.

Papst Franziskus meinte kürzlich zu den Eskapaden des US-Präsidenten: „Warten wir ab“. Trump solle man an seinen Taten messen.

Trotz aller rüpelhaften und undiplomatischen Bemerkungen des neuen US-Präsidenten vollzogen die Aktienmärkte regelrecht einen „Trump-Jump“ und erklommen zuletzt Rekordstände.

Der Dow-Jones-Index überschritt erstmalig in seiner Geschichte die psychologisch wichtige 20.000-Punkte-Marke.

Dow-Jones-Index seit Trump-Wahl



Treibsatz der Aufwärtsentwicklung sind die geplanten milliardenschweren Konjunkturprogramme, sowie die angekündigten kräftigen Steuersenkungen. Die Stimmung von Verbrauchern und Unternehmern in USA ist so gut wie seit 15 Jahren nicht mehr! Trump traut der US-Wirtschaft mit seinem Trumponomics-Programm „America First“ auf Dauer ein Wachstum von 3 bis 4 Prozent zu.

Außerdem sieht er sich in aller Bescheidenheit als der „größte Arbeitsplatzbeschaffer, den Gott je geschaffen hat“. Hier wurden Wünsche geweckt und ordentlich Vorschusslorbeeren verteilt. Diese gilt es zu erfüllen.

Bei vielen seiner Wahlkampfversprechen hat er mittlerweile Zugeständnisse gemacht, bis auf ein Thema: die Begrenzung des Freihandels.

Sollte Trump seine protektionistischen Wünsche gegenüber wichtigen Handelspartnern wie China und Europa durchziehen, wird es für deutsche Unternehmen zwar ungemütlich, die Welt wird sich trotzdem weiterdrehen.

Nur 13 Prozent der deutschen Exporte gehen in die USA. 67 Prozent nach Europa und 16 Prozent nach Asien. Wie das pazifische Freihandelsabkommen TPP zeigt, ist China zudem bereit, in die Lücke zu stoßen, die die USA hinterlassen würden.

Ungeachtet dessen investieren deutsche Unternehmen wie Bayer, Siemens, Henkel und Lanxess weiter Milliardenbeträge in den USA. Hier überwiegen die unverändert langfristig attraktiven Rahmenbedingungen des amerikanischen Marktes.

Das Risiko eines weltweit ausufernden Handelskrieges ist unserer Meinung nach klein, aber nicht von der Hand zu weisen.

Amerika bleibt auch zukünftig für Anleger weltweit der wichtigste Kapitalmarkt. Die „America First“-Bemühungen Trumps werden kurzfristig für das Wirtschaftswachstum und die Zinsen nicht ohne Wirkung bleiben.

Langfristig positive Auswirkungen sind aber auch davon abhängig, wie sich die neue Regierung mit dem Rest der Wirtschaftswelt arrangieren wird. Ein internationaler Handelskrieg kann für kein Land eine Alternative sein, auch nicht für die USA.

Anleger sollten sich in diesem Fall auf eine starke Kurskorrektur an den Aktien- und möglicherweise auch an den Immobilienmärkten einstellen. Wenn die politischen Maßnahmen auf steigende Zinsen und durch den Protektionismus fallende Unternehmensgewinne treffen, wird der derzeit historisch relativ hoch bewertete Aktienmarkt deutliche Reaktionen zeigen. Bei amerikanischen Marktkorrekturen werden sich voraussichtlich Europa's Aktienbörsen nicht abkoppeln können.

Anleger sollten in den nächsten Monaten mit größeren Schwankungen rechnen und sehr aufmerksam bleiben. Es kann jederzeit zu rhetorischen Überraschungsangriffen auf die Aktienmärkte kommen.

Wahlmarathon 2017 - das Jahr der Euro-Entscheidung?

In den wichtigsten Partnerländern Europas wird in diesem Jahr gewählt. Niederlande, Frankreich, Deutschland, eventuell auch in Italien. Überall sind die politisch rechten Flügel und Euro-Kritiker im Aufwind. Es wird kein einfaches Jahr für die EU.

IW-Chef Hüther sieht Europa in einem Schicksalsjahr und in einer existentiellen Krise.

Brexit, Trump und die Schuldenkrise – vor allem in Griechenland und Italien – würden Europa zum Handeln zwingen.

Als Gefahr für Europa sehen die Deutschen nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey in erster Linie die Zuwanderung und den Populismus.

Ein Zulegen der Rechtsparteien in Europa muss zwar nicht gleichbedeutend mit dem Ende des Euro sein. Allerdings wird einem gemeinsamen EU-Wirtschaftsraum politisch mehr Gegenwind ins Gesicht blasen.

politischen Maßnahmen, Vertrauen bei den Bürgern zu schaffen. Der international rauer gewordene Wind, vor allem aus dem Westen, kann Europa auch wieder mehr zusammenführen.



Quelle: bpb

Die Überraschungswahl Trumps könnte den europäischen Rechtsparteien weiteren Rückenwind verschaffen.

Ein alter Börsenspruch besagt: Politische Börsen haben zumeist kurze Beine. Bereits im vergangenen Jahr jedoch haben das Brexit-Referendum und die Wahl des US-Präsidenten gezeigt, dass Ängste vor einem erwarteten „Horror-Szenario“ oftmals Anleger vorab in die Irre führen.

Im Vorfeld der verschiedenen Wahlen ist die EU gefragt mit gemeinsamen, konkreten

FAZIT:

Jedes dieser Themen hat das Potenzial, die Kapitalmärkte kräftig durcheinander zu wüfeln. Andererseits sollte ein gutes Stück Risiko bereits in den Kapitalmärkten eingepreist sein.

Im vergangenen Jahr wurden viele DAX-Anleger durch einen überraschend widerstandsfähigen Aktienmarkt mehrfach auf dem falschen Fuß erwischt. Durch diese relative Stärke entstand der trügerische Eindruck einer gewissen Unverwundbarkeit deutscher Aktien. Dem ist u. E. nicht so.

Ausgewogen orientierte Anleger können mit einer Auswahl an attraktiven internationalen Standardaktien, kurzlaufenden Unternehmensanleihen, Gold und einem großzügigen Anteil an Liquidität den anstehenden Schwankungen entgegentreten.

Stärkere Marktschwankungen sollten in 2017 einkalkuliert werden. Hier gilt es antizyklisch und beherrscht zu reagieren.

Gerne stehen wir Ihnen für Fragen und weitere Informationen zur Verfügung.

Verantwortlich für den Inhalt: Burkhard Wagner | PARTNERS VermögensManagement AG | Maximiliansplatz 18 | 80333 München |
Tel.: +49-89-242139-0 | Fax: +49-89-242139-19 | E-Mail: info@pvm-ag.de | Internet: www.pvm-ag.de

Diese Ausarbeitung wurde mit äußerster Sorgfalt erstellt und basiert auf externen Informationen, die PARTNERS als zuverlässig erachtet, für die PARTNERS jedoch keine Gewähr übernimmt. PARTNERS kann nicht für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit dieser garantieren. Diese Ausarbeitung stellt weder eine Kaufempfehlung noch eine Anlageberatung dar. Die hier enthaltenen Informationen sind kein Ersatz einer individuellen Beratung unter Berücksichtigung der speziellen Anlageziele des Anlegers. Für eventuelle Vermögensschäden die im Zusammenhang mit dieser Ausarbeitung entstehen, übernimmt PARTNERS keine Haftung. Bei dieser Ausarbeitung handelt es sich ausschließlich um eine Werbemitteilung und nicht um eine Finanzanalyse. Vergangenheitsbezogene Daten insbesondere Angaben zur Wertentwicklung stellen keine Garantie für eine zukünftig wirtschaftlich sinnvolle Anlage dar.

© 2017 PARTNERS VermögensManagement AG - Alle Rechte vorbehalten | Registergericht: Amtsgericht München / Registernummer: HRB 135779